

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Ost-Preußen 30,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 2,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., möglich Salva-Anschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 30,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9.

Die achtspaltige Kopiergröße ober deren Raum kostet 1,- M., einschließlich Leinwandpapier. Kleinere Nummern: Das jetzige Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leinwandpapier. Kleinstes Wort 1,- M., jedes weitere Wort 1,- M. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 1,50 M., netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das jetzige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Schriftführer: Zentrum 2030, 2045, 4510 4003, 4035, 4040, 4021.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Polen zu einem Vorfrieden bereit

Verhandlungen in Minsk

London, 8. August. (Reuter.)

Ein drahtloses Telegramm aus Moskau an die englische Regierung besagt: Die polnische Regierung teilt mit, daß sie bereit sei, Delegierte nach Minsk zu entsenden, um einen Waffenstillstand und einen Vorfrieden abzuschließen. Die bolschewistische Regierung ist deshalb der Ansicht, daß das von den Alliierten verfolgte Ziel, nämlich die Einstellung der Feindseligkeiten und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Polen auf der Grundlage voller Unabhängigkeit Polens am schnellsten und einfachsten durch direkte Verhandlungen erreicht werden würde. Am Schluß des Telegramms gibt die bolschewistische Regierung der Uebergangung Ausdruck, die Alliierten würden anerkennen, daß die von ihnen angestrebten Ziele auf der bevorstehenden Konferenz in Minsk vollständig erreicht werden würden.

II. Warschau, 8. August.

Die Sowjetregierung hat am Sonnabend Abend von Moskau einen von Tschischerin unterzeichneten Funkspruch an die polnische Regierung gefaßt, in dem sie diese auffordert, am 8. August, abends 8 Uhr auf der Chaussee Niedzgorzeck-Brest-Bitowsk Delegierte zu entsenden. Die russische Regierung erklärt sich in dem Funkspruch bereit, auf der Basis der vollständigen Unabhängigkeit Polens in Verhandlungen einzutreten, in denen gleichzeitig die Friedensbedingungen festgelegt werden sollen.

Die Beratungen in Sythe

Paris, 8. August.

Die Konferenz zwischen Millerand und Lloyd George hat in Sythe vormittags um 10 Uhr 15 Minuten begonnen und bis 1 Uhr 30 Minuten gedauert. Um 2 Uhr 30 Minuten wurde folgendes Communiqué aus englischer Quelle veröffentlicht:

Die englische Regierung hat von den Sowjets eine endgültige Antwort auf die Note, die ihnen Freitag überreicht wurde, nicht erhalten. Indessen hat sie Andeutungen über die Absichten der Bolschewisten erhalten und sie lassen voraussehen, daß diese sich weigern, der vorgeschlagenen Einigung zuzustimmen. Man weiß, daß nach der Konferenz, die Lloyd George, Bonar Law und Lord Curzon Freitag mit den Hauptdelegierten der Sowjetregierung in London hatten, ein Memorandum nach Moskau geschickt wurde, um den Abschluß einer Waffenruhe an der russisch-polnischen Front für eine Zeit von zehn Tagen zu erlangen, unter der Bedingung, daß man beiderseits in den Stellungen verbleibe, ohne sie während dieser Zeit zu verbessern. Da sich die Sowjets weigern, die Operationen zu unterbrechen, hat den ganzen Vormittag ein reger Meinungsaustausch über die zu treffenden Maßnahmen stattgefunden, der um 1/3 Uhr wieder ausgenommen werden soll.

Lord Ribbentrop, der dieses Communiqué den Journalisten mitteilte, beendete seine Erklärungen mit den Worten: die Lage ist ernst.

Paris, 8. August.

Nach einer Havasmeldung aus Sythe dauerten die Beratungen am Sonntag bis 7 Uhr 30 Minuten abends. Man glaube, daß die Sowjets sich weigerten, die angebotene Waffenruhe anzunehmen, weil sie Zeit gewinnen wollten, um Warschau einzunehmen. Die militärischen Sachverständigen hätten den Auftrag erhalten, bis Montag vormittag einen Bericht über die zu ergreifenden Maßnahmen auszuarbeiten. Es scheint, daß eine Verstärkung der Blokade gegen Rußland in Aussicht genommen sei. Lloyd George habe sich davon überzeugt, daß die Erhaltung Polens für die Sicherheit Europas notwendig sei.

Paris, 8. August.

Nach einer Meldung des Journal des Debats hat die englische Regierung der Sowjetregierung vorgeschlagen, daß die Alliierten darauf verzichten, sich in die polnisch-russischen Friedensverhandlungen einzumischen. Polen werde keine Freiwilligen mehr ausheben, und die alliierten Militärmissionen würden nicht mehr inzwischeneren. Auch würde kein Kriegsmaterial mehr nach Polen gesandt, und die beiden Heere würden in ihren jetzigen Stellungen bleiben. Das sei in großen Zügen der Plan, der nach Moskau übermittelt worden sei und auf den Lloyd George heute vormittag eine Antwort zu erhalten hoffte.

London, 8. August. (Reuter.)

Zwischen Washington, London und Paris findet fortgesetzt ein reger Meinungsaustausch über die polnische Frage statt. Es ist bekannt, daß die Alliierten verhältnismäßig einen Plan für die von Amerika an Polen zu gewährende Hilfe in Vorschlag gebracht haben. Die Einzelheiten werden indessen geheim gehalten.

Paris, 8. August.

Wie „Matin“ aus London meldet, hatte Lloyd George gestern wiederum eine lange Unterredung mit Ameneu und Krassin. Man glaube, die englische Regierung sei bereit, ihren ersten Standpunkt aufrechtzuerhalten, d. h. die

Eröffnung von Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen anzutreten. In den Londoner offiziellen Kreisen sei man heute optimistisch.

Rumänien bleibt neutral

Bukarest, 8. August.

Ministerpräsident General Averescu erklärte in der Kammer bezüglich der Rolle, welche Rumänien im russisch-polnischen Konflikt zufalle, Rumänien bewahre vollkommene Neutralität. Die Gerüchte, wonach die rumänische Regierung die Durchfuhrerlaubnis für fremde Hilfstruppen nach der polnischen Front erteilt habe, entbehren jeder Grundlage.

Paris, 8. August.

Nach einer Havas-Meldung hat die Sowjetregierung einen Funkspruch an die rumänische Regierung gerichtet, wonach sie sich bereit erklärt Verhandlungen anzunehmen, um die noch schwebenden territorialen und politischen Fragen zu lösen. Die Sowjetregierung schlägt als Verhandlungsort Charkow vor.

Der polnische Heeresbericht

III. Warschau, 8. August.

Der polnische Heeresbericht vom 8. August lautet: Im Norden nahm die feindliche Infanterie nach schweren Kämpfen Okrolenka ein. An der Karawlinie südlich von Rozan sind Kämpfe im Gange mit feindlichen Abteilungen, die den Fluß überschritten haben. Zwischen Karaw und Bug Kämpfe im Raume von Przetysz. In der Gegend von Ralsina unternahmen unsere Abteilungen Gegenangriffe und machten dabei einige hundert Gefangene. Im Raume von Salsinow befinden sich unsere Abteilungen in schwerem Kampfe mit dem Feinde. In der Gegend von Janow ergaben sich bei einem unserer Angriffe einige hundert Bolschewisten mit Offizieren. Westlich von Brest, in der Gegend von Biezjas und Kijowier greift der Feind weiter an. Unsere Abteilungen leisten ihm Widerstand und machen Gegenangriffe. An der Buglinie südlich Brest sind unsere Truppen in loser Fühlung mit dem Feinde. Im Raume von Wolodawa führte der Feind heftige Angriffe gegen den Brückenkopf, wurde aber zurückgeschlagen. Westlich von Mikulince, zwischen Sereth und Strypa, sind Gefechte mit dem angreifenden Feinde im Gange.

Der russische Bericht

Paris, 8. August.

Ein Funkspruch aus Moskau meldet über die militärischen Operationen: Im Westen von Domscha haben wir Dnyhorost eingenommen. In Richtung Sledice fanden heftige Kämpfe statt. In der Gegend von Brest-Litowsk wurde Terespol besetzt. Nordöstlich von Brody schlug unsere Kavallerie den Feind. Wir rückten gegen Lutz vor. Unsere Truppen überschritten die Strypa und besetzten mehrere Ortschaften westlich dieses Flusses.

Warschau, 8. August. (Havas.)

Es werden starke bolschewistische Truppenkonzentrationen vor Warschau und im Norden der Stadt gemeldet. Man erwartet einen weitläufigen Angriff der roten Truppen, um den Vormarsch auf die Hauptstadt zu versuchen.

Polens „heiliger Krieg“

Amsterdam, 8. August.

Nach einer Brüsseler Meldung hat der polnische Ministerpräsident eine Proklamation an das polnische Volk gerichtet, worin es heißt: Die Bolschewisten hoffen Warschau zu besetzen und dort den Frieden zu diktiert. Die Regierung der nationalen Verteidigung, die Regierung der Bauern und Arbeiter (?) ruft die gesamte Nation auf zur Verteidigung der Freiheit. Der heilige Krieg beginnt an den Toren von Warschau. Weiter heißt es in dem Aufruf: Die Regierung wolle einen gerechten und dauernden Frieden und wünsche in gutem Einvernehmen mit ihren Nachbarn zu leben. Sie sei bereit, alle Bürgschaften zu geben, die mit der Ehre der Nation, die kein fremdes Gebiet begehre, in Einklang zu bringen sind. Der bolschewistische Einfall sei eine Gewalttat, die den Russen den Despoten des 18. Jahrhunderts gleiche, welche Polen zerschlugen haben. Die Regierung sei entschlossen, das Vaterland bis zum letzten Streifen Landes zu verteidigen. Warschau zu beschützen und die Invasion abzuwehren, um die Unabhängigkeit des Landes zu retten. Der Aufruf schließt mit den Worten: Zu den Waffen, Bürger!

Horthy-Ungarn hilft

II. Warschau, 8. August.

Eine Delegation des ungarischen Parlamentes unter Führung des Baron Szentnyh staltete am Freitag dem Vizepräsidenten Daszynski einen Besuch ab. Baron Szentnyh wies darauf hin, daß Ungarn der polnischen Regierung bereits vor zwei Wochen ein Hilfsangebot gemacht habe, aber bisher ohne Antwort geblieben sei. Ungarn wolle Polen nach wie vor unterstützen, und zwar nicht nur durch Entsendung einiger zehntausend Mann, Munition und Kriegsmaterial, sondern auch durch Lieferung von Getreide der diesjährigen Ernte. Ebenso stellt das ungarische Rote Kreuz auf Anforderung seine Dienste Polen zur Verfügung.

Die Weltmacht der Bergarbeiter

Die Katastrophe der Politik der bürgerlich-kapitalistischen Klassenstaaten, die durch den Krieg eingetreten ist und im Wahnhuh des Friedens von Versailles und St. Germain ihren Ausdruck findet, hat in fast allen Ländern eine maßlose Verwirrung der Wirtschaft mit sich gebracht, die einer starken, wahrscheinlich endgültigen Erschütterung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung gleichkommt. Das kapitalistische Wirtschaftsprinzip gibt in endlos weiten Kreisen, nicht nur bei dem Kern des sozialistischen Proletariats, dessen Einsicht dieser drastischen und blutigen Belehrung nicht erst bedurfte, als abgetan. Das sozialistische Wirtschaftsprinzip tritt hervor als Mittel zur Rettung, als nahes Ziel auf dem Wege, der herausführt aus Verwirrung und Elend.

Dadurch wird die gegenwärtige historische Situation zu einer revolutionären im Sinne des Klassenbewußten Proletariats der Welt. Die Arbeiterklasse trägt die Zukunft der Menschheit in ihrer Hand.

Die ökonomische Verwirrung erzeugt einen großen Bedarf an produktiver Arbeit. Erlösung durch Arbeit ist die Parole, die auch der Kapitalismus ausgibt. Bestand und Fortdauer der menschlichen Gesellschaft hängen offensichtlich denn je von der Arbeit in Schächten, Fabriken und Bureau, auf Aedern und Eisenbahnen ab. Das steigert die Macht der Arbeiterklasse gewaltig. Wo Arbeit so dringend nötig ist, ist Arbeitsverweigerung nicht nur ein Mittel, um den Arbeitsvertrag zu verbessern, sondern um eine Welt aus den Angeln zu heben oder wieder einzurenken.

Trotz Wirtschaftskrisis, Arbeitslosigkeit und Massenelend, trotz aller niederdrückenden Klagen, die in gewöhnlichen Zeitaltern die Aktionskraft der arbeitenden Massen schwächen, können wir diese Feststellung machen. Gewiß ist Arbeitslosigkeit in den einzelnen Produktionszweigen Hemmnis für die gewerkschaftliche Aktion, um die Verbesserung des Arbeitsvertrages. Arbeitsverweigerung im einzelnen Falle kann hier zum nutzlos niederbrennenden Strohflecken, zum zwecklosen Werkzeug von Kraft werden. Aber in den entscheidenden Produktionszweigen, von deren Arbeit, wie wir oben sagten, die Existenz von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat absolut abhängig ist, gibt es keine Arbeitslosigkeit. Und selbst wenn es sie gäbe, dann wäre die entschlossene Arbeitsverweigerung für einen Zweck, der über die Verbesserung des Arbeitsvertrages hinausreicht, in diesen Produktionszweigen gleichbedeutend mit der Einsetzung der Macht der gesamten Arbeiterklasse, mit der Bruchlegung der ganzen Produktion.

Ein solcher Produktionszweig ist der Kohlenbergbau. Die Bergarbeiterorganisationen der Welt sind darum eine Macht, die stärker ist, als alle auf bewaffnete Armeen gestützte bürgerlich-kapitalistische Staatsgewalt, die stärker sein kann, wenn sich die Organisationen ihrer Macht bewusst werden. Darum wurde die deutsche Bergarbeiterschaft während und nach Spaa von dem gesamten internationalen Kapitalistentum mit lodenden und verführerischen Schmeicheleien umworben. Darum sind die Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen Bergarbeiterkongresses in Genf so ungemein bedeutungsvoll für die Zukunft des Kampfes der Arbeiterklasse.

Vier Forderungen und Entschlüsse sind es, die der Tagung das Gepräge geben: Der Sechshunderttag, die Sozialisierung des Bergbaues, der internationale Generalkongress der Bergarbeiter, zu dessen Durchführung im Kriegsfalle, eventuell in Verbindung mit anderen Organisationen (Transportern, Eisenbahnen), das Exekutivkomitee verpflichtet worden ist, und die internationale Regelung der Kohlenverteilung.

Kein einziges der gesteckten Ziele ist zu erreichen durch Verträge mit dem Grubentapital, wie etwa eine Lohn-erhöhung. Sie alle treffen in den Lebensnerven des Staatsgefüges des kapitalistischen Klassenstaates. Sie sind indes nicht zu verwirklichen durch gültiges Verhandeln und Kompromissen mit den Organen der Staatsgewalt. Diese stehen auf der Macht bei den Lebensinteressen des Kapitals und daher kommen bei Verhandlungen mit ihnen letzten Endes nur Versprechungen heraus, wie die Erfahrung genügend lehrt. Steht hinter den Beschlüssen nicht der feste Wille zur entschlossenen Arbeitsverweigerung, dann werden sie niemals Wirklichkeit werden. In einem Falle, in der Resolution über die Verhütung des Krieges, ist der internationale Generalkongress denn auch als das einzige, für alle bindende Mittel erklärt worden.

Aktionen zur Erreichung der gesteckten Ziele in jedem einzelnen Lande sind somit Aktionen gegen die Staatsgewalt, politische Aktionen. In der gegenwärtigen revolutionären Situation aber werden sie zu entscheidenden Schlägen im letzten entscheidenden Klassenkampf. Der Besitz der Kohle und die freie Verfügung über sie, das heißt die Verfügung über Transport und Verwendung der Förderung, bilden die Basis der gegenwärtigen Ordnung. Jetzt mehr denn je, denn das Kapital hungert infolge der Rohstoffknappheit und des Mangels an Vorräten nach der wertvollen, unentbehrlichen Speisung für alle Profitmühen.

Der Kampf der Bergarbeiter um die in Genf erhobenen Forderungen ist der Klassenkampf des Prolet

tarats schlechthin. Er ist aufs innigste verknüpft mit dem Lebens- und Zukunftsinteresse des gesamten Proletariats, mit Sieg oder Niederlage der sozialistischen Revolution. Die Bergarbeiter selbst können daher nur siegreich sein, wenn sie sich stützen können auf die Klassen-solidarität der Gesamtarbeiterschaft der einzelnen Länder.

Darum gehen die Forderungen von Genf und der Kampf um sie nicht nur die Bergarbeiter an. Der Kampf der Bergleute ist auch keine Angelegenheit der Gewerkschaftsbewegung allein, sondern er erfordert als politische, gegen die Staatsgewalt gerichtete Aktion die Unterstützung der politischen Bewegung als Zusammenfassung der politischen Klassenaktion des Proletariats.

Mit den Genfer Beschlüssen betritt die internationale Gewerkschaftsorganisation der Bergarbeiter den Boden des politischen Klassenkampfes. Das eigene Berufsinteresse der Bergleute hat dazu geführt, denn jede entscheidende Berufsfrage der Bergarbeiter wird zur politischen Frage. Das gleiche gilt für viele andere Arbeiterkategorien. Eben sehen wir die Eisenbahner, unterstützt von allen anderen Arbeiter- und Angestelltengruppen, in einer politischen Bewegung zum Schutze der Neutralität stehen. Der Gewerkschaftsbund fordert an der Seite aller politischen Parteien das Proletariat zur Stärkung dieser Aktion auf. Das Prinzip der politischen Abstimmung der Gewerkschaften ist mithin verlassen worden.

Damit aber auch die Idee der politischen Neutralität, aus dem Gewerkschaftsorgan zu Nürnberg von neuem proklamiert als ein Mittel, um der Entscheidung für die eine oder andere politische Taktik auszuweichen. Haben wir erkannt, daß die großen Gewerkschaftskämpfe mehr und mehr in die Sphäre des politischen Kampfes geraten, immer mehr sich zu Klassenkämpfen um das letzte Ziel der sozialistischen Arbeiterbewegung entwickeln, so taucht sofort die Frage nach der zweckmäßigsten politischen Taktik auf. Sie bewegt auch die Gewerkschaftsbewegung, die aufs stärkste an diesen Kämpfen beteiligt ist.

Kämpfe dieser Art, Kämpfe, die die Gesamtheit der politischen und wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats in offenen Gegensatz bringen zur herrschenden Gesellschaft, sind nur zu führen mit streng disziplinierten Massen, denen dieser Gegensatz selbstverständlich, denen Klassen-solidarität und Klassenkampf Lebensinhalt sind. Das Bewußtsein der Ausschließlichkeit des proletarischen Klasseninteresses und des Gegensatzes zwischen Proletariat und Bourgeoisie in allen Fragen und zu aller Zeit ist nicht lebendig zu gestalten und zu vertiefen durch gelegentliche Reden oder durch Programme, sondern nur durch eine gewerkschaftliche und politische Praxis, die bewußt ausgeht von diesem Gegensatz und die das Bewußtsein des Gegensatzes der Interessen in allen ihren Handlungen erkennen läßt. Die Organisierten müssen sich über diese Tendenz ihrer Organisationen völlig klar sein. Diese Klarheit wird nicht geschaffen durch eine Taktik, die den Ausgleich, die Milderung des Gegensatzes zu ihrem obersten Prinzip erhebt. Durch Arbeitsgemeinschaften zwischen Gewerkschaften und Unternehmerorganisationen, die von voraufgestellten gemeinsamen Interessen zwischen Kapital und Arbeit ausgehen, durch politische Koalitionen und Kompromisse mit der Bourgeoisie, die die Arbeiterbewegung den Interessen der herrschenden Klassen dienstbar machen, müssen die Klassenerkennnis des Proletariats, die unbedingte Voraussetzung für die erfolgreiche Führung jener großen Klassenkämpfe herabmindern. Das Bekenntnis zu einer politischen Taktik, die den Trennungsstrich zwischen den Klassen stets scharf erkennen läßt — das ist es, was wir auch von dem ampolitischen Klassenkampf so innig beteiligten Gewerkschaften fordern müssen. Das muß der Inhalt dessen sein, was wir Revolutionierung der Gewerkschaftsbewegung nennen. Nicht um die Frage handelt es sich, ob eine Berufsorganisation mit einem Unternehmerverband über den Abschluß eines Tarifvertrages verhandeln darf

oder nicht, sondern darum, daß die mehr oder minder glücklichen Erfolge in der Lohnpolitik nicht mehr das Wesen der Bewegung ausmachen dürfen. Oder glaubt man mit einer Masse, deren Interesse durch die grundsätzliche Haltung der Organisationen immer nur darauf gelenkt wird, ob auch das Lohnbudget in Ordnung ist, die nur das Berufsinteresse kennt und nichts von Klassen-solidarität weiß, glaubt man mit solchen Organisierten jene Ziele erreichen zu können, die sich die Bergarbeiter gestellt haben und mit ihnen die gesamte Arbeitererschaft? Und ist eine Bureaucratie, deren Nase ebenfalls nicht hinausreicht über den Kreis enger Lohninteressen, die sich im Bewußtsein bedeutsamer Erfolge mit Behagen auf ihr Lager streckt, wenn es gelungen ist, eine Lohnzulage durchzusetzen, ist eine solche Bureaucratie geeignet, den Massen in jenen Kämpfen führend voranzugehen, die zur Erreichung der Genfer Ziele zu führen sein werden? Sollen die Beschlüsse von Genf, wie so manches andere, was Reden und Beschlüsse auf Gewerkschaftskongressen erfüllt, nicht auf dem Papier stehen bleiben, so werden die Arbeiter zunächst um diese Revolutionierung der Gewerkschaftsbewegung kämpfen müssen.

Die Forderungen von Genf sind mit Recht auf einem internationalen Kongreß erhoben worden. Keines der darin gestellten Probleme ist Angelegenheit der Bergarbeitererschaft und der Arbeiterklasse eines Landes. Die Verwirklichung jeder dieser Forderungen ist nur möglich durch mehr oder minder aktive internationale Gemeinsamkeit. Internationale Aktion aber ist vollends nur erfolgreich, wenn sie getragen wird von uneingeschränktem Klassenbewußtsein, wenn sie geübt wird von Organisationen, deren Taktik die Taktik des politischen Klassenkampfes ist. Steht die Arbeitererschaft eines Landes in politischen oder wirtschaftlichen Fragen an der Seite der Bourgeoisie, verknüpft sie ihr Interesse mit dem Interesse der Bourgeoisie ihres Landes, dann müssen sich sofort die im Gewande des Nationalismus auftretenden politischen Gegensätze zwischen den Kapitalistenklassen der einzelnen Länder übertragen auf das Proletariat. Dann werden nationalisierende Instinkte lebendig und nationalisistisches Mißtrauen wird das Proletariat zerteilen, jede internationale Aktion unmöglich machen und die Arbeitererschaft den Klauen des Kapitalismus ausliefern. Der belgische Delegierte in Genf, Dejaris, hatte darum recht, wenn er sagte, die Internationale könne erst wieder Vertrauen zu den Deutschen haben, wenn sie sich von ihrer Bourgeoisie getrennt hätten.

Die organisierten Bergarbeiter der Welt sind eine Macht. Macht aber bringt Pflicht. Mögen die Bergarbeiter erkennen, daß sie nur der Arbeiterklasse verpflichtet sind.

Der Einigungsruf der Generale

Am Sonntag morgen ist von zwei Generalen zur Einigung des Bürgertums aufgerufen worden. In der „Post“ besorgt dieses Geschäft der Generalleutnant von der Gsch und im „Tag“ der General von Liebert. Die von ihnen geschriebenen Artikel sind inhaltlich auf den gleichen Ton gestimmt; der Bolschewismus erhebe immer drohender sein Haupt und deswegen sei es notwendig, daß das Bürgertum sich in einer geschlossenen Front zusammenfasse. Leider sei es aber noch in zahlreiche Parteien zerstückelt, die bisher nicht den Augenblick verpaßt hätten, in der sie sich gegenüber der Sozialdemokratie zusammenfassen könnten. Von den Demokraten erhoffen beide Generale nicht viel. Auch die Zentrumspartei sei so stark organisiert, daß von ihr nicht zu erwarten sei, daß sie in eine gesamtbürgerliche Partei aufgehen würde. Immerhin diene das bayerische Vorbild, wo sich sämtliche bürgerliche Parteien bis zu den Demokraten mit dem bayerischen Zentrum als Mittelpunkt zu einem Block der Ordnung vereinigt haben, doch ein gutes Vorbild und es sei zu hoffen, daß auch die Entwicklung im übrigen deutschen Reich denselben Weg gehen werde.

Was die beiden Generale in ihren Artikeln anstreben, das ist nichts anderes als eine Renaufgabe des alten Reichsverbandes

gegen die Sozialdemokratie, und Herr von Liebert, der alte Reichsverbandshauptling, stellt sich gleich an die Spitze der neuen Sammlungsbaktion. Die Arbeitererschaft weiß also, was ihrer wartet. Bezeichnend ist es jedoch, daß als Herold für die Sammlung des Bürgertums zwei Generale auftreten. Der Militarismus ist also die Kraft, die das deutsche Bürgertum einigen solle. Und daß die Bourgeoisie durchaus geneigt ist, sich wieder unter die Führerschaft des Militärs zu begeben, das hat sich erst jüngst im Reichstag gezeigt, als bei der Beschließung des Gesetzes über die Abschaffung der Wehrpflicht die Vorsitzenden der bürgerlichen Parteien in Gemeinschaft mit den Militärlisten ihren Tränen um den Verlust unserer herrlichen Wehrmacht freien Lauf ließen.

Die Arbeitererschaft ist mit dem alten Reichsverband fertig geworden, sie fürchtet sich auch nicht vor einem neuen Reichsverband, selbst wenn die Generalität sich vollständig an seine Spitze stellt.

Schweres Unglück

III. Dortmund, 8. August.

Auf der Zeche Kaiserstuhl hat sich ein schweres Unglück ereignet. Als am Sonntag morgen der Maschinenwärter den zweiten Korb der Kachischicht zu Tage förderte, ging der Korb durch die Seilscheibe durch. Das Seil riß und der Korb stürzte über 350 Meter in den Sumpf des Schachtes. Die Fangvorrichtung hatte versagt und die auf dem Korb befindlichen 30 Bergleute stürzten mit dem Korb in den Sumpf. Zwei Leute wurden bei dem Absturz herausgeholt und als zerstückelte Leichen aufgefunden. Die übrigen 28 Bergleute liegen mit dem zerstückelten Korb in dem Schachtlump und konnten trotz anstrengender Arbeit bis jetzt noch nicht herausgeholt werden. In den Anschlägen wurden ferner noch 5 Bergleute verletzt, von denen 4 ins Krankenhaus gebracht werden mußten. Der Maschinenwärter Meier, der den Korb zu hoch gezogen hatte, unternahm in seiner Wohnung einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsader durchschnitt. Er wurde jedoch noch lebend ins Krankenhaus gebracht.

Gewaltspolitik im Saargebiet

Mainz, 8. August.

Ueber den Streit im Saargebiet liegen auch heute keine weiteren Nachrichten vor, da noch immer jeglicher Verkehr mit dem Saargebiet unterbrochen ist. Am Freitag ist allerdings ein französischer Zug noch über Saarbrücken hierher gelangt, der aber, wie das „Echo du Rhin“ mitteilt, unter Leitung von französischen Offizieren und Interoffizieren nur nach schwächerer Fahrt sein Ziel Mainz erreichte. Unterwegs waren im Saargebiet fast überall die Weichen aufgerissen und mußten erst in Ordnung gebracht werden. Auch die Signalleuchten waren vollständig zerstört. In Saarbrücken machten deutsche Eisenbahner Proteste, die Weiterfahrt des Zuges zu verhindern. Auch sonst wollten die Bahnhofsvorsteher im Saargebiet wegen der Gefährlichkeit des Transportes sich der Weiterfahrt des Zuges widersetzen. Es wurde ihnen jedoch bedeutet, daß die Eisenbahner unter den Befehl der französischen Befehlshaber gestellt seien.

Frankfurt a. M., 9. August.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet über die Vorgänge im Saargebiet: Am Sonnabend wurde ohne jede Ursache der verächtliche Belagerungszustand über das ganze Saargebiet verhängt. Die Regierungskommission ordnete gegen eine ganze Reihe politisch mißliebiger Personen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen, hauptsächlich Angehörige der Presse, an. Von der „Saarbrücker Zeitung“ wurden sämtliche Redakteure bis auf zwei verhaftet, ebenso der Verleger des Blattes. Das gleiche ereignete sich bei der „Saarbrücker Landeszeitung“ und der sozialdemokratischen „Volksstimme“. Auch in Privatwohnungen der betreffenden Redakteure wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen. Die Bevölkerung ist über das Verhalten der Regierung und des französischen Militärs empört. Sie bewahrt aber trotzdem Ruhe. Der Vertreter des Saarlandes in der Regierungskommission, Herr von Bi och, legt zum Protest gegen die Behandlung der ganzen Streitangelegenheit sein Amt nieder.

Rinderpest in Belgien. Nach Belgien ist durch indische Zebus die indische Rinderpest, die gefährlichste aller Rinderseuchen, eingeschleppt worden. Es sind bereits 29 Seuchenherde festgestellt worden. Der belgische Ackerbauminister hat in der belgischen Kammer am Freitag den Ausbruch der Seuche zugegeben.

Proletariat und Kultur

Von H. Lunatscharoff.

Wollten wir in Russland nur jene Lichter brennen lassen, die unserem Geiste entsprechen, dann würden wir riskieren, in völliges Dunkel zu versinken. Auch die Lichter, die von der Hand der Bourgeoisie oder der halbbürgerlichen Intelligenz angezündet sind, qualmen machlos, sind meistens düster, aber es sind ihrer viele, und unsere Aufgabe ist es, sie nicht zu löschen, sondern sie zum helleren Leuchten zu bringen, und auf dem Wege eines längeren Prozesses, dessen Schwierigkeit und Langwierigkeit jedem Beobachter in die Augen fällt, diesen Mechanismus in eine wahre Waffe der sozialistischen Kultur zu verwandeln. Braucht man da noch zu betonen, daß gleichzeitig das Proletariat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, seine eigenen Wege zu suchen, seine eigenen Unterstützungen zu schaffen, die zwar noch zu schwach und klein, um eine Rolle in der Massenauflösung des Volkes zu beanspruchen, — als Werkstätten der künftigen Kultur notwendig sind, als wichtige Kampforgane des Staates für das Wissen des Volkes. Kann man befürchten, daß es leichtsinnig wäre, den alten Bau niederzureißen, riskante Reformen auf Gebieten von feinsten Struktur vorzunehmen, während jeder sieht, wie ungeheuer das Interesse ist, welches das Proletariat allem Besseren in der alten Kultur entgegenbringt? Und die alte Kultur enthält doch eine Menge Gutes!

Beobachten Sie einmal, was beim Proletariat den größten Erfolg hat. Die Proletarier haben einen sicheren Geschmack; ihr Geschmack ist zwar durch allerlei Farce und literarischen Lärm verdorben, womit sich talentlose Schreiber dem Jargon der Meetings anpassen versuchen; der Proletarier aber braucht nur eine klassische Tragödie oder Komödie oder eine schöne Oper zu sehen, um gleich den ganzen Unterschied zu empfinden.

Es ist notwendig, daß das Proletariat seine eigenen Wege sucht; diese werden kaum die der Jungen sein.

Die Jungen werden viel Frische und Originalität in die Schule hineindringen, die das Proletariat durchmachen muß; sie wird aber selbst noch sehr vieles vom Proletariat lernen müssen. Diese Intelligenz wird nur dann eine gewisse kulturelle Rolle spielen können, wenn sie sich als die geistige Schülerin einer hochstehenden Klasse empfinden wird.

Ich nehme das trasseste Beispiel, den Betrieb des heutigen Theaters. Dasselbe sehen wir aber beinahe auf allen geistigen Gebieten. Deshalb erklärte ich mit aller Entschiedenheit, daß man mit großer Vorsicht an Experimente mit alten kulturellen Einrichtungen herantreten soll, daß man sie zu demokratisieren, zugänglich zu machen, daß man aus ihnen die schädlichen, dem Proletariat feindlichen Elemente zu entfernen, sie allmählich mit neuem Inhalt zu füllen versuchen soll, wobei man überflüssige Verzierung und Boreiligkeit vermeiden soll.

Ich will damit nicht sagen, daß wir zur Kleinarbeit neigen; wer eine Ahnung von der Tätigkeit des Kommissariats für Volksaufklärung hat, wird so etwas nicht behaupten können; ich finde eher, daß wir auf dem Schulgebiet manchmal einen zu großen

Anlauf in unserem Vorwärtstreben genommen haben; deshalb ermahne ich meine Genossen, die Kollegen und Helfer, zur Umsicht. So haben wir in unserem Bestreben, eine einheitliche polytechnische Arbeitsschule zu schaffen, zweifellos den professionellen technischen Schulen voreilig Abbruch getan.

Man könnte noch andere Beispiele der theoretischen Voreiligkeit und des unvorsichtigen Maximalismus auf einem Gebiete anführen, auf dem mechanische Schnelligkeit anzustreben ebenso unsinnig ist, wie es unsinnig wäre, ein junges Blümchen mechanisch in die Höhe zu ziehen, damit es schneller wächst.

Ich wiederhole, wir sind in dieser Beziehung eher zu eilig als zu langsam, wir werden auch in Zukunft nicht trödeln und werden mit aller Energie an der Ausnützung und Umgestaltung der Kultureinrichtungen arbeiten, die wir von der Vergangenheit geerbt haben; wir werden auch künftighin uns bemühen, ihnen keinen wesentlichen Schaden zuzufügen und ihre Existenz nicht zu bedrohen, solange wir nichts anderes als Ersatz für sie haben; ebenso werde ich aber das Recht des Proletariats verteidigen auf ein selbständiges, sogar von dem Sowjetstaat unabhängiges Schaffen an seiner eigenen proletarischen Kultur. Das Proletariat muß alles, was es übernimmt, selbständig umwerten, neue Formen auf dem Gebiete der Kunst, neue Methoden auf dem Gebiete der Wissenschaft suchen.

Vielleicht sind sich die Proletkulte nicht immer über ihre Aufgabe klar, vielleicht führen sie manchmal ein gleiches Unternehmen wie die Organe der Sowjetregierung durch. Was hat das zu sagen! Die Sowjetorgane kreuzen sich auch manchmal, Ressortreibungen sind unvermeidlich, und keiner wird aus der Taillage, daß zwischen dem Sowjet für Volkswirtschaft und dem Sowjet für Volksernährung Reibungen entstehen, verlangen wollen, daß das Bestehen einer dieser Institutionen aufgehoben soll. Der Proletkult nimmt eine ganz eigentümliche Stellung ein. Ich unterstütze durchaus das Recht des Proletkult auf eine selbständige Existenz und seine Unterstützung aus staatlichen Mitteln in großem Maßstabe.

Ich freue mich, daß diese Bewegung einen proletarischen Charakter trägt; ich begrüße die Genossen aus den Reihen der Intelligenz, die dieser Bewegung zu Hilfe kommen und gleichzeitig einsehen, wie gefährlich es wäre, den jungen Organisationen ihren Gedanken und ihren Geschmack aufdrängen zu wollen, die Genossen, die sich nur als Helfer betrachten, um dem kommenden Schöpfer den Weg zu ebnen.

Das sind die vorläufigen Gedanken über die Bedingungen für die Schaffung einer sozialistischen Kultur, die ich an dieser Stelle kurz zum Ausdruck bringen wollte.

Das ist die schwere und gleichzeitig hoffnungsvolle Arbeit, die wir sowohl auf dem Gebiete aufbauender kultureller Sowjetarbeit als auch auf dem Gebiete der neuen proletarischen Bestrebungen zu leisten haben.

Im Hoftheater findet am Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr eine Sonderaufführung von Ibsens „Gespenster“ statt.

Familie

Noch vor Beginn der Winterpielzeit im neuen Volks-theater eine literarische Uraufführung fast mit dem Spektakel der Hochsaison: gegeben wurde unter dem Titel „Familie“ eine dreifaktige Grotteske von Curt Corriñh, der sich vor den übertriebenen Klatschenden und übertriebenen zischenenden mordmäßig pfeifenden Publikum mit übertriebenen höhnischer Gebärde verneigte. Man braucht sich wegen seiner satirischen Schnurre, die auch die ältesten Schwankmädchen keineswegs verschmäht, nicht aufzuregen oder ihm in die moderne Perrücke zu fahren.

Der junge Corriñh, der uns nach einem gartenlaubigen Anfängerroman als begabter Lyriker und erotischer Eschaffler kam, hat hier nur eine flüchtige Gelegenheitsarbeit für das Theater geschuldet. Er denaturiert mit frohlicher Dreifigkeit den Bedenklichen Marquis von Reith zu einem gemeinen Allerweltsbetrüger, der Mutter, Tochter und Dienstmädchen schröpft und verführt, und stellt ihnen zur Seite eine Travestie von Hasenclovers Vater und Sohn, die außer dem Hause ihrer Genußsucht am Busen einer schönen Tänzerin gemeinsam frühnen.

Joggen dieser Art zeichnete uns in den verschollenen guten Zeiten des „Simplicissimus“ Th. Th. Heine in seinen Bildern aus dem deutschen Familienleben“. Man kennt diese Freuden, man kennt diesen Sumpf, wo im wallenden Bolibar und im Jägerhemd der falsche Biederer seine Schäftein hütet, und über dem Familienherde der Suppentopf dunkel verschimmelter Gefühle brodeln.

Grottesk und ironisch, mit mehr Schablone als Witz, aber auch mit einigen spakhasien Kombinationen läßt Corriñh diesen Familienpuk abschnurren, der den Versuch einer strafferen und intensiveren Gestaltung immerhin lohnen würde. Ingenieurung und Regie des Direktors Heinz Goldberg hallen mit einigen originellen und trefflicheren Einfällen nach, aber die anfangs scharf stilisierte Darstellung war nicht durchzuhalten, zumal nach dem ersten Akt (mit dem sich der eigentliche Gehalt des Ganzen bereits erschöpft) das Stück heneweise ins Breiige und platt Possenhafte verläuft. In dieser Richtung seiner Stilkarten wird es trotz seiner teilweise gelungenen Verportung der bürgerlichen Gefühlssphäre im Volkstheater keinen Boden gewinnen können.

Neben Herrn Erich Otto, der den Spieler mit Trippeschritten und einer erschütternden fomischen Grandezza ausstaffierte, posten Esther Hagans eckige und bjarre Grazie, Edith Angolds brünstige Krefschluff und Ernst Pastowski's junger Jani am besten in dieses ergötliche Familienbild, aus dem nur die Tänzerin und der höchstperleliche Viehhäber einigermaßen herausfielen. Der stark aufpulvernde Autor verlangt auch dasstellerisch etwas mehr inneres und äußeres Raffinement.

E. B.

„Die Götterprüfung“, Kurt Eisners nachgelassene „weltpolitische Fosse“, die wir hier gleich bei Erscheinen ausführlich würdigen, soll nunmehr auf dem Theater erprobt werden. Der künstlerische Ausschuss der Berliner „Volksbühne“ hat sich für die Durchführung in der kommenden Spielzeit entschieden.

Eine Note Frankreichs

Berlin, 8. August.

WIB meldet: Zu der ohnehin tatsächliche Unterlagen verbreiteten Nachricht über Durchmarschpläne der Entente nimmt jetzt auch die französische Presse Stellung. Der „Temps“ schreibt: „Die Alliierten haben niemals und in keiner Form Deutschland die Absicht kundgegeben, durch deutsches Gebiet Truppen hindurchzuführen, die bestimmt wären, an der polnischen Front zu kämpfen.“ Diese Mitteilung des „Temps“ entspricht durchaus den Tatsachen. Das Pariser Blatt weist seinerseits darauf hin, daß die Entente eine Note an die deutsche Regierung richten wolle, die über deutsche Eingriffe in den regelmäßigen Zugverkehr nach dem Abstimmungsgebiet Beschwerde führt. Diese Note ist inzwischen in Berlin eingegangen. Sie verweist auf mehrere Fälle von Durchsuchungen regelmäßiger Ententezüge nach Oberschlesien und macht darauf aufmerksam, daß eine Wiederholung solcher Fälle die regelmäßige Verbindung der Truppen und der hohen Kommission in Oberschlesien gefährden würde. Sie lenkt die Aufmerksamkeit der deutschen Regierung auf den unerlaubten Charakter solcher Vorgänge und auf die Notwendigkeit, geeignete Maßnahmen zu ihrer Verhinderung zu ergreifen.

Die deutsche Bevölkerung muß sich bewußt sein, daß bei der berechtigten Sorge um unsere Neutralität alle Schritte vermieden werden müssen, die unsere Neutralität gefährden könnten. Vorübergehende Eigenmächtigkeiten, die geeignet sind, Zwischenfälle herbeizuführen, wird daher auf das dringendste gewarnt.

Die deutschen Arbeiter haben nach wie vor die Pflicht, wachsam zu bleiben und den Zugverkehr zu kontrollieren. Solange Frankreich seine Absicht, Polen militärisch zu unterstützen, nicht aufgegeben hat, besteht die Gefahr, daß über Deutschland Waffen, Munition und Soldaten nach Polen befördert werden. Selbstverständlich muß bei der Kontrolle der Züge korrekt verfahren werden. Aber das Recht zur Kontrolle dürfen sich die Arbeiter nicht nehmen lassen.

Riesenkundgebung in Bochum

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Bochum, 8. August.

Eine Riesenkundgebung des Bochumer Proletariats veranstalteten am Sonntag alle sozialistischen Parteien und freien Gewerkschaften. Zur politischen Lage wurde folgender Beschluß gefaßt: Das Proletariat Bochums fordert unbedingte Neutralität im russisch-polnischen Kriege. Sollte die Neutralität von der Entente verletzt werden, so wird das Bochumer Proletariat wie ein Mann aufstehen und den Durchmarsch der Ententetruppen mit allen Mitteln zu verhindern suchen. Wir erwarten von dem internationalen Proletariat, daß es unseren Entschluß würdigen und nach Kräften unterstützen wird.

Kein Transport durch Tschechien!

Prag, 8. August.

„Pravda“ veröffentlicht einen Aufruf der tschechoslowakischen Gewerkschaftsorganisationen, in dem alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Beamten aufgefordert werden, sich nicht für die Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Polen, Ungarn oder Rumänien herzugeben, da es gegen Sowjetrußland Verwendung finden könnte.

Der Boykott gegen Horthy-Ungarn

Ueber die Ursachen des Abbrechens der Bewegung wird der „Roten Fahne“ aus Wien gemeldet:

Am Freitagabend versammelte sich der Wiener Arbeitererrat, um zur politischen Lage und Aufhebung des Boykotts durch den internationalen Gewerkschaftsbund Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende der Transportarbeitergewerkschaft erklärte die Aufhebung für notwendig, weil in den anderen Ländern der Boykott nicht durchgeführt worden sei. Besonders schwere Vorwürfe erhob er gegen die deutschen Gewerkschaften, die die Telegramme des internationalen Gewerkschaftsbundes und der österreichischen Gewerkschaftskommission nicht beantwortet hätten. In Jugoslawien seien die revolutionären Gewerkschaftsführer seit dem Eisenbahnstreik im Kerker. Die tschechoslowakischen Arbeiter hätten wohl Neugier für Ungarn festgehalten, aber die Entente habe dafür in Pragerhof österreichische Neugier nach Ungarn verladen. Diese Darstellung bedarf der Ergänzung. So richtig das alles sein mag, so ist doch gewiß, daß die Aufhebung des Boykotts infolge des Drucks der Entente auf die österreichischen Sozialdemokraten und auf Antrag der österreichischen Gewerkschaften erfolgte. Insbesondere gab der französische Generaldeputierte des Auswärtigen, Renner, zu wissen, daß der Schweiz Österreichs gegen Ueberfälle der Horthybanden seitens der Entente die Aufhebung des Boykotts zur Voraussetzung habe. Renner hat nicht geögert, dem Wunsche der Entente nachzukommen.

Die Kommunisten im Arbeitererrat forderten die Weiterführung des Boykotts durch den Wiener Arbeitererrat im Verein mit dem revolutionären Proletariat der Nachbarländer, wozu die Verbindung mit der kommunistischen und unabhängigsozialdemokratischen Partei Deutschlands und den sozialistischen Parteien der anderen Nachbarländer erforderlich sei.

Die „rote Fahne“ bemerkt dazu: „Wenn die Angaben des österreichischen Transportarbeitersekretärs zutreffen, hat also der deutsche Gewerkschaftsbund mit Beginn des Boykotts gegen Ungarn, dem er sich offiziell angeschlossen hatte, abgewinkt und dadurch zu seinem vorzeitigen und ergebnislosen Abbruch beigetragen. ... Insbesondere ist es Sache der Berliner Gewerkschaftskommission, die in ihrer Mehrheit von den revolutionär gekennnten Berliner Arbeitern eingekehrt ist, vom Gewerkschaftsbund Rechenschaft zu verlangen.“

Obwohl wir mehrfach darauf hinweisen mußten, daß die Position der Arbeiterklasse gegenüber Mörderungarn nicht besonders günstig war, weil die Arbeiterbewegung in Ungarn selbst niedergeschlagen ist, und daher im Augenblick zu schwach war, den Druck von außen durch aktive Teilnahme in dem bekämpften Lande selber auszumühen, finden auch wir das Verhalten der deutschen Gewerkschaftszentrale, wie es von den Wiener Transportarbeitern dargestellt wird, einfach unverantwortlich. Es wäre in der Tat wünschenswert, daß der Gewerkschaftsbund sich zu dieser Anschuldigung öffentlich äußerte, damit die deutsche Arbeiterschaft klar sieht. Eine sorgfältige Prüfung der Angelegenheit ist dringend erforderlich.

Die Brigade Döberitz

Das Reichswehrministerium versucht, sich gegen den Vorwurf zu verteidigen, daß selbst die Heresieverminderung dazu dienen muß, die letzten Elemente, die den Konterrevolutionären noch als nicht zuverlässig gelten, zu entfernen. Die kassischen Ehrhardt-Brigade existieren unter anderem Namen noch heute und heißen als Schiffschamm-Division für den nächsten Winterrückzug erhalten. Die Brigade Döberitz aber, die man angeblich zum Zwecke der Verteidigung der republikanischen Staatsform geschaffen hatte und in der einige nicht ganz monarchistische Offiziere und Mannschaften untergebracht waren, wird aufgelöst.

Das Reichswehrministerium versucht diesen Vorgang so darzustellen, als ob diese Brigade niemals für die Dauer geschaffen worden wäre. Es vergißt nur, daß noch allgemein die Versicherungen bekannt sind, mit denen die Gründung der Brigade begleitet wurde. Damals hieß es, daß der einzige Zweck dieser Brigade der Schutz der Republik sei und daß sie für alle Zeiten dieser Aufgabe dienen werde. Das Reichswehrministerium glaubt, daß alle ein so gutes Gedächtnis haben, wie es im Interesse der jetzigen Mächte des Reichswehrministeriums notwendig wäre. An sich hat die Arbeiterklasse weder an der Auflösung der Döberitz-Brigade, wie an ihrer Erhaltung irgendein Interesse, denn auch diese Brigade blieb stets ein konterrevolutionäres Instrument. Es ist aber doch bezeichnend, wie jede Situation von den Konterrevolutionären benutzt wird und benutzt werden kann, um ihre Pläne zu vollenden.

Richtigstellung. Bei der telephonischen Uebermittlung des von uns in der Sonntagsausgabe veröffentlichten Aufsatzes „An das deutsche Proletariat“ hat sich ein Hörsfehler eingeschlichen. Der zweite Satz des 3. Abschnittes muß heißen: „Deshalb fordern wir die deutschen Arbeiter auf, den Versuchen der Ententemächte, Truppen, Kriegsgeräte und Munition durch deutsches Gebiet zu transportieren, jegliche Hilfe zu verweigern.“ Die Worte „durch deutsches Gebiet“ haben bei uns gefehlt.

Einen Pferdebesitzer an der dänischen Grenze ist man auf die Spur gekommen. Es gelang einem Kontrolleur, die Bechlagnahme eines größeren Transportes mit insgesamt 100 Pferden herbeizuführen.

Gewerkschaftliches

Der Streik im Leuna-Werk.

Vom Betriebsrat des Leuna-Werkes wird uns geschrieben: Im Verlauf dieser Woche ist in der Lage des Streiks keine wesentliche Veränderung eingetreten. In Begleit der Bewegung teilte die Organisation der Unternehmer der Streikleitung mit, daß sie auf die Forderung von 30%, Lohnabhängigkeit nicht eingehen könne, da der Streik ein glatter Tarifbruch sei. Die Forderung auf Urlaubserweiterung sei auch ohne dies undisputabel, da der Urlaub reichstärklich geregelt ist und an eine Kenderbung des Reichstages garricht zu denken sei.

Das Reichsarbeitsministerium, welches von unbeteiligter Seite für die Sache interessiert worden war, hat sich mit dem Streik beschäftigt, soll beide Parteien über ihren Standpunkt zum Streik befragen haben und steht auf dem Standpunkt der Unternehmer. Das Ministerium erklärt, eine Vermittlung nicht übernehmen zu können, da ein tariflich eingeleiteter Zentralstreik durch den Streik ein endgültigen Schiedsspruch gefaßt habe. Die Vertreter der hier beteiligten Organisationen im Bezirk, sowie die Streikleitung und der Betriebsrat vertreten dagegen den Standpunkt, den man von Gewerkschaftlern nur erwartet, daß in diesem Falle von Tarifbruch garricht die Rede sein kann. So anerkanntswert Sälchtungsausschüsse in Zeiten dieses heillosen Durcheinanders sein können, so bestimmt bleibt als letztes Mittel zur Verbesserung ihrer Lage, wenn alle Instanzen durchlaufen sind, den streikgewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Anwendung des Streiks. Die Streikleitung hat der Unternehmerorganisation diesen Standpunkt mitgeteilt mit der Aufforderung, sich demselben anzuschließen. Am 7. oder 8. d. M. sollen die Unternehmer der Sektion Vb eine Konferenz haben, in der wahrscheinlich auch diese Frage zur Sprache kommen wird. Der Fortgang des Streiks wird wesentlich von dem Verlauf und dem Ergebnis dieser Konferenz abhängen.

Verhandlungen zwischen beiden kämpfenden Parteien sind ja bekanntlich erst möglich, wenn Gegensätze sich grundsätzlicher Art beboden sind. Wenn auch die Unternehmer ihre Anschauung über den Tarifbruch nicht aufgeben werden, so wird der riesige Verlust, den die BASF durch den Streik im Leuna-Werk trotz Aufrechterhaltung der Rohstandsarbeiten erleidet, die Unternehmer zwingen, ihren Standpunkt zu revidieren. Es bleibt also abzuwarten, ob und wann in der nächsten Woche in die eigentlichen Verhandlungen über die Lohnforderung eingetreten wird. Von uns aus möchten wir bemerken, daß für die organisierte Arbeiterklasse, für den revolutionären Sozialismus ein nicht zu verkennender Erfolg darin zu sehen ist, daß die scheinbare Absicht der Unternehmer, den Streik durch Stilllegung des Werkes gleich am ersten und zweiten Tage illusorisch zu machen, von der Arbeiterschaft durchkreuzt worden ist. Sie haben die Erwerbsmöglichkeit für tausende ihrer Kollegen auf Grund ihrer Einschätzung in den Betrieb gewahrt. Die Stimmung der Streikenden ist nach wie vor gut.

Verfähter Abbau der Löhne im Lebensmittel-Großhandel

Die vom Deutschen Transportarbeiter-Verband mit den Lebensmittel-Großhändlern nach langwierigen Verhandlungen abgeschlossenen Tarifverträge waren von seiten der Unternehmer zum 1. August dieses Jahres gekündigt worden. Die Verhandlungen über Abschluß eines neuen gemeinsamen Tarifes sind nunmehr an der Lohnfrage gescheitert. Die Unternehmer verlangen allen Erstes eine Erhöhung der Löhne von 20.— Mark pro Woche für jede Arbeiterkategorie. Als die Lohnkommission die Verhandlungen abbrechen wollte, beantragten sich die Herren dann zu dem Jugoslawien, die alten Löhne noch drei Monate weiter zu zahlen, falls die Lohnkommission sich sofort damit einverstanden erkläre. Ueber die geforderte Lohnzulage übernahm nur zu verhandeln, wurde von den Unternehmern abgelehnt. Daraufhin wurde von der Kommission erklärt, daß sie ihrerseits dem Vorschlage der Unternehmer nicht zustimmen könne, es solle einer am Dienstag, den 10. August, abends 7 Uhr bei Voelker, Weberstraße 17, stattfindenden Versammlung vorbehalten sein, über das Angebot der Arbeitgeber zu entscheiden. Die Stimmung der Kollegen der Lebensmittel-Branche ist durch die wiederholte Verschleppung der Verhandlungen derart gereizt, daß es in den nächsten Tagen sehr leicht zur Arbeitsniederlegung kommen kann, wodurch natürlich die Lebensmittel-Versorgung Groß-Berlins sehr gefährdet würde.

Es ist nun Pflicht eines jeden Kollegen der Lebensmittelbranche, in der Versammlung am Dienstag zu erscheinen, um diese zu einer machtvollen Demonstration gegen die Absicht der Unternehmer zu gestalten. Die Vertrauensleute der in Frage kommenden Betriebe werden die Kollegen noch besonders einladen.

Alle müssen zur Stelle sein; keiner darf fehlen, um den Anschlag der Arbeitgeber zu vereiteln.

Vom Lohnstarif der Eisenbahner. Die „Freiheit“ vom 5. August 1920 brachte eine Notiz, die sich mit dem Reichslohstarif für die Eisenbahner beschäftigte und in der auf einen Brief Bezug genommen wird, den der Betriebsrat der Betriebsmeisterei Granowald an den Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes gerichtet hat. Es wird darin angedeutet, daß sich die Arbeiter nach dem neuen Tarif schlechter fühlen als nach dem preußischen. Eine Familie mit 4 Kindern würde beispielsweise 25 Pf. pro Stunde weniger erhalten. Hierzu bemerken wir, daß es sich um eine anonyme Zuschrift handelt, die nach den üblichen Gepflogenheiten unbeantwortet bleibt.

Zur Sache selbst stellen wir fest, daß die Briefschreiber im Irrtum sind, denn sie gehen bei ihrer Berechnung davon aus, daß die Kinderzulage, die nach dem preußischen Tarifvertrag gezahlt wurde, künftig in Wegfall kommt. Das ist aber nicht der Fall, denn der § 6 des Reichslohstarifes bestimmt, daß die Arbeiter für jedes unterhaltungsbedürftige Kind bis zum vollendeten 14. Lebensjahre einen Zuschlag von 1.60 M. für jeden lohnberechtigten Tag erhalten.

Der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes.

Die Korbmacher der Grünbranche stehen seit Montag, den 3. d. Mts. im Streik. Die Gründe dazu sind die schlechten Lohnverhältnisse in dieser Branche (zwischen 140 und 200 M. pro Woche). Da das Material in diesem Jahre außerordentlich hoch ist, und ¼ des vorjährigen Lohnes dadurch noch in Wegfall kommt, sehen

sich die Kollegen genötigt, Forderungen zu stellen; da die Konjunktur außerordentlich günstig ist und die Unternehmer daher besonders gute Verkaufspreise haben, ist es ein Leichtes, den Wünschen der Arbeiter entgegenzukommen. Die Unternehmer dagegen lehnen jedes Entgegenkommen brüsk ab, mit der Begründung, die Arbeiter sollen sich doch jetzt ihre Ferien nehmen, die sie stets fordern. Unsere Kollegen sehen nunmehr den Dingen in Ruhe entgegen, da ja alle, auch Unorganisierte, die Betriebe verlassen haben.

Die Branchenleitung.

Der Orleansschuh Berlin der Angestelltenversicherung, W. 8, Taubenstraße 33, hält vom Donnerstag, den 12. August d. Js. ab, wieder seine regelmäßigen Vor- und Nachmittagsvorträge ab und zwar Montag, Mittwoch, Donnerstag und Sonnabend von 10 bis 12 Uhr, Dienstag und Freitag von 4 bis 6 Uhr. Bei der großen Komplexität der infolge zahlreicher Beratungen jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen ist in allen Zweifelsfällen die Einholung eines Rates dringend geboten.

Groß-Berlin

Gegen den Mietswucher

Der Mieterverband Groß-Berlin hatte gestern im Norden Berlins 11 Versammlungen abgehalten, um zum Kampf gegen die unverhältnismäßigen Forderungen der Hausbesitzer aufzurufen. Die Redner verlangten die gesetzliche Anerkennung der Mieterauschüsse (Mieterräte), sowie ein Reichsrecht Mietengesetz, um den andauernden Mietssteigerungen ein Ende zu bereiten. Sie forderten die Sozialisierung des gesamten Bau- und Wohnungswesens und erklärten, daß der Kommission für Sozialisierung des Haus- und Grundbesitzes Mißtrauen entgegengebracht werden muß, da die organisierte Mieterkraft in ihr nicht vertreten ist, und sie die Sozialisierung bisher nur verschleppt hat. Sie verlangten Schutz vor der Willkür der Hausbesitzer und der Beamten in den Wohnungsbehörden und forderten die Mieterkraft auf, sich zur Erlämpfung ihrer Rechte zu organisieren. In allen Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, in der es unter anderem heißt:

„Wir verlangen, daß die Hausbesitzer endlich gezwungen werden, die ihnen gemäß § 536 des Bürgerlichen Gesetzbuches obliegende Verpflichtung, die Wohnungen in gebrauchsfähigem Zustande zu erhalten, zu erfüllen.“

Es geht nicht an, daß immer neuen unerhörten Forderungen der Hausagrarier nachgegeben wird, ohne daß den Mietern eine Gegenleistung geboten wird.

Wir verlangen, daß den Mietelungsämtern endlich energisch verboten wird, durch Festsetzung eines höheren Preisenmietpreises die Höchstmietenerordnung zu umgehen.“

Kleingärten und Wohnlauben

Das gesunde Streben, ein kleines Stück Land zu eigener Bewirtschaftung zu pachten oder zu erwerben, hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr ausgebreitet und die Kleingartenbewegung hat namentlich seit dem Kriege infolge der Ernährungsschwierigkeiten auch in den Großstädten viele Anhänger gewonnen. Eine volle Ausnutzung des Gartens und seine sachgemäße Pflege ist freilich nur dann möglich, wenn der Kleingärtner seine freie Zeit restlos dem Garten widmen kann, d. h. wenn der Garten nahe oder möglichst nahe dem Hause liegt. Das ist nun besonders in den Großstädten nur in den seltensten Fällen möglich. Vielfach liegen die Gärten weit von der Wohnstätte entfernt, sodaß ihre Unterhaltung nicht nur schwierig, sondern infolge der häufigen Aufwendungen für kostspielige Bahnfahrten auch noch verteuert wird. Bei den heutigen Baukosten kann die Erstellung von neuen Wohnungen kaum Schritt halten mit der Schaffung von Kleingärten. Aus diesem Grunde ist es erwünscht, die Benutzung von Land zu Wohnzwecken zu erleichtern. In diesem Sinne könnte sogar die Errichtung verbesserter Wohnlauben als ein geeignetes Mittel zur Bänderung der gegenwärtigen Wohnungsnot angesehen werden.

Der Minister für Volkswohlfahrt hat daher jetzt — nachdem bereits früher in dem Entwurf einer Verordnung die Möglichkeit erheblicher Erleichterung für Wohnlauben vorgesehen war — eine Sonderpolizeiverordnung für Wohnlauben ausarbeiten lassen und die Regierungen angewiesen, sie mit Beschleunigung zur Einführung zu bringen. Damit wird einem mehrfach ausgesprochenen Wunsche der Kleingärtner entsprochen, in deren Hand es nun gelegt ist, die Unzulänglichkeiten zu verheilen, die mit der Benutzung solcher behelfsmäßigen Wohnungen verbunden sind.

Nach den neuen Bestimmungen dürfen Wohnlauben eine Grundfläche bis zu 30 qm und eine Vorlaube von 10 qm erhalten. Wohnlauben dürfen nur ein Geschos haben und die Höhe bis zum First darf 6 m nicht überschreiten. Sie müssen feuerfest eingedeckt sein; auch ist die Einrichtung einer Feuerstätte zulässig.

Der neue Postkreditbrief. Mit sofortiger Gültigkeit treten wichtige Änderungen in der Ausgabe von Postkreditbriefen in Kraft. Die Postkreditbriefe können nunmehr nur noch auf alle durch 100 teilbaren Summen ausgestellt werden. Im Gegensatz zu den bisherigen Bestimmungen werden sie aber bis zur Höhe von 10 000 Mark (bisher 3000) ausgestellt und gelten nicht mehr über, sondern sechs Monate vom Tage der Ausstellung an. Gleichzeitig mit dem Kreditbrief wird eine Ausweisarte von dem ausstellenden Postschekmate ausgestellt, die gegen die Vorlage des Postkreditbriefes bei der zuständigen Postanstalt abgeholt werden muß. Die Postausweisarten, gegen deren Vorlage von den Postämtern Lagerungen usw. ausgehendigt werden, gelten nicht mehr als genügender Ausweis für einen Kreditbrief. Vielmehr kann der Inhaber eines solchen bei jeder Postanstalt nur noch dann Beträge des Guthabens abheben, wenn er neben dem Kreditbrief die dazugehörige Ausweisarte vorlegt. Der Betrag, der an einem Tage erhoben werden darf, wird auf 3000 Mark erhöht. Den Empfang des Geldes bestätigt der Inhaber auf einem der 20 Brodrude, den der auszahlende Beamte aus dem Postkreditbriefe trennt. Sollte eine Ausweisarte in Verlust geraten, so wird neu bestimmt, daß der Kreditbriefinhaber den Verlust gegen Rückgabe des Briefes der Postanstalt seines Aufenthaltsortes anzeigen hat. Wenn Zweifel über die Person des Inhabers nicht bestehen, so kann das Postamt die Renaussstellung veranlassen. Nach Ablauf der Gültigkeit erfolgt die Auszahlung eines etwaigen Restes sowie der Aussonderung Antrag und gegen Rückgabe des Briefes sowie der Ausweisarte. Diese Änderungen treten am Montag, den 9. August, in Kraft. Die alten, vor dem 9. August ausgestellten Kreditbriefe behalten gemäß den bisherigen Bestimmungen ihre Gültigkeit (vier Monate).

Auslandsdeutsche aus britischem Gebiet. Vertagte öffentliche Versammlung Montag, 9. August, abends 7½ Uhr, Aula Sophien-Platz, Weinmeisterstr. 16/17.

Brandwunden, die den Tod verursachten, erlitt gestern ein Fräulein Jahn in ihrer Wohnung, Caprivistr. 6, durch die Explosion einer Petroleumlampe.

Verantwortlich für die Redaktion: Emil Kabsch, Berlin. Verantwortlich für den Inhalt: Ludwig Kaminer, Berlin. — Druck der „Freiheit“-Druckerei G. m. b. H., Berlin G. 2, Breite Straße 54.



Hühneraugen

Hornhaut, Schwielen u. Warzen
beseitigt schnell, sicher u. schmerzlos
Kukirol 10000fach bewährt

Preis M. 2.50 In Apotheken und Drogerien erhältlich

Lassen Sie sich nichts anderes auftragen, es gibt nichts Besseres. Aufklärung durch Broschüre gratis und kostenlos durch Herrn Krieger, Magdeburger 7

